Der Wolf ist schon wieder Thema

Das Volk hat zum revidierten Jagdgesetz Nein gesagt. Nun drängen Zentralschweizer Kantone den Bund, auf anderem Weg mehr Wolfabschüsse zu ermöglichen.

Alexander von Däniken

In der umstrittenen Wolfsfrage hat die Zentralschweiz letzten Herbst anders entschieden als die Mehrheit im Land (siehe Box). Jetzt dürfen die Unterlegenen neue Hoffnung schöpfen. Denn der Bundesrat hat Ende März eine revidierte Jagdverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Damit erfüllte er zwei Motionen des Parlaments als Reaktion auf das Volks-Nein zum Gesetz. Die Zentralschweizer Kantone nutzten die Vernehmlassung, um einige Massnahmen zur Regulierung des Wolfbestandes anzubringen.

Grenzen für Abschüsse gesenkt

Die revidierte Jagdverordnung sieht vor, dass die Kantone künftig früher in Wolfbestände eingreifen können, wenn es zu Konflikten kommt. Dürfen heute Wolfsrudel erst reguliert werden, wenn 15 Nutztiere gerissen worden sind, sollen neu zehn gerissene Schafe oder Ziegen genügen. Aber nur, wenn die betroffenen Landwirte Herdenschutzmassnahmen umgesetzt haben. Auch beim Abschuss von Einzelwölfen, die Schaden anrichten, wird die Schwelle von bisher 15 auf 10 gerissene Schafe und Ziegen gesenkt.

Die Zahl der Wölfe und der Rudel in der Schweiz steigt kontinuierlich an. Ende Februar 2021 waren es rund 110 Tiere, und es gab elf Rudel. Auch in der Zentralschweiz werden immer mehr Tiere gesichtet. Wie etwa kürzlich in Kriens. Das Konfliktpotenzial zwischen Landwirten und Tierschützern steigt also. Das gilt erst recht für die jetzt beginnende Alpsommerzeit.

Der **Luzerner** Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter (FDP) äusserte sich in der Vernehmlassung eher zurückhaltend. Grund: «Aus Respekt vor dem Volksentscheid und der Ablehnung der vorsorglichen Regulation lassen sich – unter dem weiterhin geltenden Jagdgesetz – nur Lockerungen des Wolfsschutzes begründen, die im Einklang mit dem geltenden Gesetz stehen.» Einzelne Verordnungsinhalte und Erläuterungstexte seien widersprüchlich und würden zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Dieses Rudel tappte im Oberwallis in eine Fotofalle der Gruppe Wolf Schweiz. Bild: Keystone

SVP-Kantonsrätin Vroni Thalmann ist vom Schreiben der Regierung enttäuscht: «Das Anliegen hätte von Regierungsrat Fabian Peter etwas näher der Meinung des Luzerner Volkes nach Bern umschrieben werden können. Schliesslich stimmte auch der Kanton Luzern für ein Ja.» Die Sozialvorsteherin von Flühli und Bäuerin hat mit einer Motion via Regierung Druck auf den Bund ausüben wollen. Sie zog den Vorstoss aufgrund der bereits abgelaufenen Vernehmlassungsfrist an der Mai-Session zurück. Thalmanns Enttäuschung wurde nicht kleiner, als sie sah, wie sich andere Kantone für ihre Landwirte einsetzen.

Denn während die Luzerner Regierung den Bund bei der vorliegenden Jagdverordnung eher bremsen will, schlägt der **Urner** Regierungsrat andere Töne an: «Wir sind davon überzeugt, dass der Spielraum des aktuellen Jagdgesetzes auf Verordnungsstufe noch nicht vollständig ausgeschöpft wird.»

Die vorgesehenen Änderungen gingen zwar in die richtige Richtung, sie würden aber nie ein befriedigendes Wolfsmanagement erlauben. «Denn der Abschuss von Wölfen ist immer noch an das Auftreten eines grossen Schadens und an das Versagen des Herdenschutzes gebunden», schreibt Landammann Urban Camenzind (CVP). Kantone sollen eine Abschussbewilligung für einzelne Wölfe erteilen dürfen, die sich auch auffällig verhalten. Und Wildhüter sollen nicht erst eingreifen können, wenn mindestens drei Rinder, Pferde oder Alpakas zu Schaden gekommen sind, sondern schon, wenn ein einzelner Wolf einem Nutztier geschadet hat.

«Edukative Abschüsse» sollen möglich sein

Auch **Obwaldens** Regierungsrat fordert mehr Befugnisse für Wolfsregulierungen. Es sei zu befürchten, dass sich Wolfsrudel auch mit der auf zehn Nutztiere gesenkten Schadschwelle an die Beute gewöhnen, schreibt Landammann Christian Schäli (CSP). Wenn die gängigen Herdenschutzmassnahmen nicht als Abschreckung genügen, müssten «gezielte edukative Abschüsse von Einzeltieren aus Wolfsrudeln möglich sein». **Nidwaldens** Landammann Othmar Filliger (CVP) stellt ähnlich wie die Luzerner Regierung keine Änderungsanträge, Petra Steimen-Rickenbacher (FDP), Frau Landammann von **Schwyz**, nur wenige.

Konkrete Forderungen stellt hingegen der **Zuger** Landammann Martin Pfister (CVP): Eine Regulierung soll auch dann möglich sein, wenn ein Wolfsrudel sich nicht erfolgreich fortgepflanzt hat, aber Schäden an Nutztieren anrichtete. Und: «Der Abschuss von Einzeltieren des Wolfsrudels hat in sozialen Situationen und in unmittelbarer Nähe zu Nutztieren zu erfolgen.» Diese «edukativen» Abschüsse von Einzeltieren sollen bereits ab dem ersten nachgewiesenen Riss von Nutztieren erfolgen. Wie stark der Bund den Zentralschweizer Kantonen entgegenkommt – und wie hoch er damit den Volksentscheid vom letzten Herbst gewichtet – bleibt abzuwarten.

Emotionale Abstimmung

Revidiertes Jagdgesetz Es war die emotionalste Abstimmungsvorlage des vergangenen Herbstes: Mit 51,9 Prozent Nein-Stimmen versenkten die Schweizerinnen und Schweizer am 27. September 2020 die Revision des Jagdgesetzes. Die Stimmenden in der Zentralschweiz haben allerdings dafür gestimmt: Der Ja-Anteil bewegte sich zwischen 52,9 Prozent (Zug) und 69,6 Prozent (Uri).

Das neue Gesetz hätte unter anderem ermöglicht, dass die Kantone die Wolfbestände vorausschauend regulieren können. Wildhüter hätten einzelne Wölfe abschiessen dürfen, welche die Scheu vor dem Menschen verloren haben oder zum Beispiel Schafe gefährden – bevor ein Schaden entstanden ist. Das eidgenössische Jagdgesetz bleibt damit auf dem Stand von 1986, als es keine Wölfe in der Schweiz gab. *(avd)*

Guido Graf verteidigt Alleingang bei Skigebieten

Die Lage habe keinen anderen Entschluss zugelassen, als die eigenen Skigebiete zu schliessen, sagt der Luzerner Gesundheitsdirektor.

Noch ist der Marathon, wie Bundesrat Alain Berset die Pandemie letztes Jahr beschrieb, nicht fertig gelaufen. Guido Graf, Vorsteher des Luzerner Gesundheits- und Sozialdepartements (GSD), gab trotzdem einen Erfahrungsbericht ab. «Im Moment sind wir noch im Rennmodus unterwegs, aber die Zielkurve ist sichtbar», sagte der CVP-Regierungsrat gestern Abend im Luzerner Kantonsratssaal.

Das Luzerner Forum für Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit lud Guido Graf zu einem Referat ein. Das Forum ist ein Verein, der von CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann präsidiert wird, und verschiedenen Akteuren aus dem Sozialbereich einen Austausch bietet. Ein Kollaps der Gesundheitsversorgung habe kantons- und landesweit verhindert werden können, sagte Graf. Zeitweise seien aber die Spitalbett-Kapazitäten knapp gewesen. Das sei auch Mitte Dezember letzten Jahres so gewesen. Es gab darum viel Kritik, als der Regierungsrat beschlossen hat, die Luzerner Skigebiete zwischen dem 22. Dezember und dem 7. Januar zu schliessen.

Die Auslastung der Luzerner Spitäler habe gar nichts anderes zugelassen, so Graf: «Wir mussten handeln.» Weil die umliegenden Kantone ihre Skigebiete geöffnet hielten, wurde dies als Flickenteppich kritisiert. Dass dadurch bei den Bürgern eine gewisse Unübersichtlichkeit entstand, sei nachvollziehbar. «Der Föderalismus soll kein Synonym sein für kantonale Alleingänge. Aber er ist auch in Krisenzeiten nicht ausser Kraft gesetzt.»

> «Im Moment sind wir noch im Rennmodus unterwegs, aber die Zielkurve ist sichtbar.»

Guido Graf
Luzerner Gesundheitsdirektor

Contact Tracing von Anfang an kantonal

Auch das Errichten des Notspitals in Nottwil verteidigte Graf. Dieses sei beinahe benötigt worden. Was er rückblickend anders organisieren würde, sei das Contact-Tracing. «Das hätten wir lieber schon zu Beginn selber gemacht.» Grundsätzlich habe die Schweiz und damit auch der Kanton Luzern die Pandemie aber gut bewältigt; sowohl im Gesundheitsbereich als auch wirtschaftlich.

Die international vergleichsweise tiefen Sterberaten von Covid-19-Patienten in den Spitälern und der weniger starke Einbruch der Wirtschaftsleistung seien klare Indikatoren.

Dennoch sei der Preis bisher hoch gewesen. Viele geplante Operationen hätten auch im Kanton Luzern verschoben werden müssen. Daraus hätten hohe Einnahmenausfälle resultiert. Und das Gesundheitspersonal habe extrem viel leisten müssen. «Ich werde die Bilder nie vergessen, als ich unsere Spitalangestellten in voller Schutzausrüstung sah. Danke an alle, die zur Bewältigung beigetragen haben.»

Zwei Momente blieben dem Luzerner Gesundheitsdirektor besonders in Erinnerung. Die Bilder aus Bergamo, als Militärlastwagen Särge mit verstorbenen Covid-Patienten abtransportierten. «Und ein Telefonat mit einem Tessiner Kollegen, der mir geraten hat, Beatmungsgeräte zu kaufen.» Die Triage, also das Bestimmen eines Arztes, welcher Patient jetzt behandelt wird, wollte Graf unbedingt verhindern; das sei gelungen.

Zu denken gibt Graf die Spaltung der Gesellschaft. Das GSD habe «enorm viele» Zuschriften erhalten. Etwa die Hälfte habe teils unter Drohungen die Aufhebung der Massnahmen verlangt. «Mit Blick auf den heutigen Entscheid des Bundesrates habe ich ein gutes Gefühl. Es ist ein weiterer Schritt Richtung Normalisierung.» Graf hofft, dass dadurch auch die Spaltung an Intensität verliert. Jetzt sei die grösste Herausforderung, den Impffortschritt im Kanton zu beschleunigen. Hier suche man neue Lösungen.

Alexander von Däniken